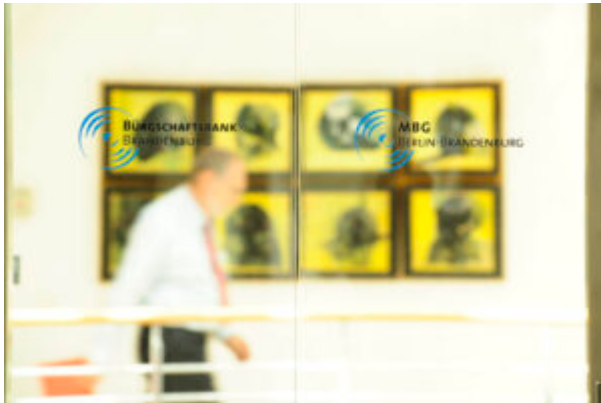


Bürgschaftsbank Brandenburg befürchtet Schließungswelle bei KMU



Potsdam. Im Jahr 2020 übernahm die Bürgschaftsbank Brandenburg insgesamt 213 Bürgschaften mit einem Bürgschaftsvolumen von 86 Millionen Euro. Das entspricht einer Steigerung von etwa sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr. Von großer Bedeutung waren erneut Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen. Die vergebenen Bürgschaften ermöglichten Brandenburger Unternehmen Investitionen in Höhe von 177 Millionen Euro, etwa 40 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Deutliche Verschiebungen brachte das Geschäftsjahr bei der Branchenverteilung der ausgereichten Bürgschaften. 23 Prozent bzw. 19,5 Millionen Euro und damit fast ein Viertel des Volumens gingen an eine von der Pandemie am stärksten betroffenen Branche, den Handelsunternehmen.

Auch wenn eine Insolvenzwelle bislang ausgeblieben ist, erwartet die Bürgschaftsbank Brandenburg für das Jahr 2021 eine Schließungswelle besonders bei kleinen und mittleren Betrieben. „Nicht jeder Betrieb ist verpflichtet, Insolvenz anzumelden. Gerade kleinere Unternehmen schließen, wenn die Reserven aufgebraucht sind“, erklärt Dr. Miloš Stefanović, Geschäftsführer der Bürgschaftsbank in Potsdam. Von Liquiditätsengpässen und Eigenkapitalrückgang sind überproportional häufiger die kleinen Unternehmen betroffen – besonders im Gastgewerbe, im Einzelhandel, in der Reise-, Kultur- und Kreativwirtschaft. „Das bedeutet auch, dass auf die Kreditinstitute im laufenden Jahr eine Welle von Ausfällen zurollt“, so Stefanović.

Im Pandemiejahr 2020 unterstützte die Bürgschaftsbank den Brandenburger Mittelstand mit einem erweiterten Bürgschaftsrahmen von 90 Prozent und einer erhöhten Bürgschaftsobergrenze von 2,5 Mio. Euro. Die angebotenen Hilfsmaßnahmen sind allerdings nicht großflächig zum Einsatz gekommen. Nach mehr als 200 Beratungsgesprächen in der ersten Lockdown-Woche, erlahmte die Nachfrage mit dem Einsatz der „Bazooka“ und der u.a. damit verbundenen 100-prozentigen Haftungsfreistellung bei der KfW. „Einen derartigen, wenn auch notwendigen, staatlichen Eingriff in die Wirtschaft hat es noch nie gegeben“, erklärt Miloš Stefanović. „Viele Unternehmen sind auf dieses Angebot umgeschwenkt.“

Mehr.

